

Ausbeutung?

Schluss damit!

Frauen schützen,

Täter verfolgen,

Ausstieg ermöglichen

Beschluss

der CDU-Fraktion Berlin

12. Juni 2026



Ausbeutung? Schluss damit! – Frauen schützen, Täter verfolgen, Ausstieg ermöglichen

Wer in der Prostitution tätig ist, befindet sich häufig in einer besonders vulnerablen Lage. Viele Betroffene erleben wirtschaftlichen Druck, Abhängigkeit, Gewalt. Hinzu kommen Wohnungslosigkeit, Sucht, aufenthaltsrechtliche Unsicherheit oder Ausbeutung durch Zuhälter und Menschenhändler. Diese Realität darf nicht ausgeblendet werden.

Wir als CDU-Fraktion Berlin stellen den Schutz der zumeist Frauen in der Prostitution in den Mittelpunkt. Unser Ziel ist es, die, die dabei nicht frei und eigenständig sind und dementsprechend entscheiden können, beim Ausstieg zu unterstützen und kriminelle Strukturen konsequent zu bekämpfen.

Dieses Positionspapier flankiert unseren Antrag „Straßenstrich? Schlussstrich! – Kinder und Jugendliche schützen, Sicherheit gewährleisten, Straßenprostitution verbieten“. Während der Antrag die notwendigen ordnungsrechtlichen Schritte zur Beendigung der Straßenprostitution in den Blick nimmt, macht dieses Positionspapier deutlich: Ein Verbot allein reicht nicht aus. Wer Straßenprostitution unterbindet, muss zugleich verhindern, dass betroffene Frauen lediglich verdrängt, unsichtbar gemacht oder in noch gefährlichere Abhängigkeiten gedrängt werden.

Deshalb verbinden wir als CDU-Fraktion Berlin die klare Begrenzung der Straßenprostitution mit einem starken Schutz-, Ausstiegs- und Hilfefkonzept. Unser Anspruch ist, Kinder und Jugendliche sowie den öffentlichen Raum zu schützen — und zugleich Prostituierte wirksam vor Gewalt, Ausbeutung, Menschenhandel und Zuhälterei zu bewahren.

Aus diesen Gründen fordern wir:

1. Ausstieg an erste Stelle setzen: Beratung allein reicht nicht

Die existierenden Hilfsangebote für insbesondere Frauen auf dem Straßenstrich sind auch bei einem Verbot der Straßenprostitution weiter notwendig. Im Mittelpunkt von

Hilfsangeboten muss dabei aber das Ziel stehen, dass Prostituierte tatsächlich aus Gewalt-, Ausbeutungs- und Abhängigkeitsverhältnissen herauskommen. Deshalb fordern wir die Fortführung, Verstärkung und den deutlichen Ausbau von bestehenden Ausstiegsprojekten.

Ausstiegsunterstützung darf nicht bei Beratung stehen bleiben. Viele Betroffene benötigen umfassende praktische Hilfe, um sich aus dem Milieu zu lösen. Das trifft umso mehr auf Opfer der Loverboy-Methode, von Zwangsprostitution und Menschenhandel zu.

Erforderlich sind insbesondere:

- eine sichere Unterkunft,
- medizinische Versorgung,
- psychosoziale und traumatherapeutische Begleitung,
- Sprachmittlung,
- Drogenentzug
- Rechtsberatung,
- Zugang zu Sozialleistungen und Krankenversicherung,
- Schuldnerberatung,
- berufliche Qualifizierung,
- Begleitung zu Behörden,
- Schutz vor Zuhältern, Menschenhändlern und gewalttätigen Freiern.

Die bestehenden Angebote müssen deshalb zu einem echten **Berliner Netzwerk des Prostitutionsausstiegs** weiterentwickelt werden. Betroffene dürfen nicht von Zuständigkeit zu Zuständigkeit geschickt werden. Sie brauchen niedrigschwellige, verlässliche und umfassende Hilfe aus einer Hand.

2. Schutzprogramm für Opfer, Täter hinter Gitter bringen

Menschenhandel, Zuhälterei und Zwangsprostitution lassen sich nur wirksam bekämpfen, wenn Geschädigte ohne Furcht Strafanzeige gegen die Täter aussagen können. Genau daran scheitert es in der Praxis häufig. Viele Betroffene haben Angst vor Gewalt und

Einschüchterung, sorgen sich um Angehörige im Herkunftsland, fürchten aufenthaltsrechtliche Konsequenzen oder sind psychisch nicht stabil genug, um unmittelbar eine belastbare Aussage zu machen.

Betroffene müssen zunächst aus dem Einflussbereich der Täter gelöst, sicher untergebracht werden und Vertrauen zu den Behörden fassen. Erst dann kann realistisch erwartet werden, dass sie über eine Aussage entscheiden und diese auch durchhalten können.

Wir fordern deshalb ein niedrigschwelliges Schutzprogramm für Betroffene, die gegen Zuhälter, Gewalttäter und Menschenhändler aussagen können oder wollen. Dazu gehört eine sichere und anonyme Unterbringung, schnelle Herauslösung aus dem Täterumfeld, umfassender Schutz vor den Tätern und psychosoziale Unterstützung.

Dieses Schutzprogramm muss eng mit den Ausstiegsprojekten verzahnt werden. Schutzlücken im Gesetz und in der Berliner Anwendungspraxis müssen geschlossen werden. Die Erweiterung der Möglichkeiten der Bild-Ton-Aufzeichnungen von Zeugenvernehmungen wollen wir prüfen.

3. Menschenhändler und Zuhälter konsequenter verfolgen – polizeiliche Befugnisse praxistauglich ausgestalten

Der Staat muss deutlich machen: Nicht die Prostituierten sind das Problem, sondern diejenigen, die aus ihrer Not, Abhängigkeit oder Zwangslage Profit schlagen. Der Rechtsstaat muss gegen jede Form von Ausbeutung konsequent vorgehen. Berlin muss die Strukturen hinter der sichtbaren Prostitution aufdecken: Zuhälter, Menschenhändler, Schleuser, Hintermänner und Profiteure.

Die CDU-Fraktion Berlin fordert daher eine gezielte Strategie zur Bekämpfung von Menschenhandel, Zuhälterei und Zwangsprostitution. Dazu gehören insbesondere:

- Stärkung der spezialisierten Ermittlungsstrukturen,
- intensive Zusammenarbeit von Polizei, Staatsanwaltschaft, Ausländerbehörde und Fachberatungsstellen,
- Verbundeinsätze von Polizei, Zoll, Gewerbekontrollen und Ordnungsämtern zusammen mit Vertretern der Ausstiegs- und Schutzangebote,

- konsequente Vermögensabschöpfung bei Tätern,
- Auswertung digitaler Spuren und Plattformen,
- klare Schwerpunktsetzung bei organisierter Ausbeutung,
- bessere statistische Erfassung von Ermittlungen, Anklagen und Verurteilungen,
- ein jährliches Berliner Lagebild zu Menschenhandel, Zwangsprostitution und sexueller Ausbeutung.

Der Schutz von Prostituierten scheidet in der Praxis auch daran, dass Täterstrukturen oft schwer nachweisbar sind. Ausbeutung zeigt sich selten in einer einzigen Situation. Sie wird häufig erst durch wiederkehrende Muster sichtbar: kontrollierende Begleitpersonen, organisierte Zuführung von Frauen, wiederholte Ortswechsel, Einschüchterung, finanzielle Kontrolle oder Abhängigkeit von einzelnen Personen.

Aus Sicht der CDU-Fraktion ist es deshalb erforderlich, der Polizei rechtssichere und praxistaugliche Befugnisse zur Aufklärung von Ausbeutungsstrukturen im Umfeld der Prostitution zur Verfügung zu stellen. Ziel ist es, Menschenhandel, Zuhälterei und organisierte Ausbeutung frühzeitig zu erkennen und die dahinterstehenden Netzwerke wirksam aufzudecken.

Wir fordern daher, der Polizei an Orten und in Gebieten, in denen der Prostitution nachgegangen wird, anlassunabhängige Identitätskontrollen zu ermöglichen. Gerade in diesem Umfeld sind niedrighschwellige Kontrollmöglichkeiten ein wichtiges Instrument, um Erkenntnisse über Hintermänner, Abhängigkeitsverhältnisse und organisierte Strukturen zu gewinnen und betroffene Personen besser schützen zu können.

Wir wollen es der organisierten Kriminalität zeigen: Justitia trägt nicht nur eine Waage, sie hat auch ein Schwert in der Hand.

4. Sichere Notunterkünfte für Frauen schaffen

Frauen, die obdachlos sind, werden häufig Opfer sexualisierter Gewalt. Auf der anderen Seite sind viele Prostituierte in der Straßenprostitution wohnungslos, übernachten bei Freiern oder leben in prekären Unterkünften.

Die CDU-Fraktion Berlin setzt sich deshalb ein für:

- mehr Notunterkünfte für Frauen, zu denen Männer keinen Zugang haben
- den begonnenen Ausbau der Frauenhäuser und Schutzwohnungen für akute Gefährdungslagen fortzuführen

5. Schwangere besonders schützen

Schwangere Prostituierte befinden sich in einer besonders vulnerablen Lage. Schwangerschaft darf niemals zur Fortsetzung von Ausbeutung, Gewalt oder Druck führen. Der Schutz von Mutter und Kind muss Vorrang haben.





Wir fordern deshalb:

- sofortige Schutzunterbringung für schwangere Betroffene,
- medizinische Versorgung einschließlich gynäkologischer Betreuung,
- Hebammenhilfe,
- Mutter-Kind-Plätze in sicheren Einrichtungen,
- Schutz vor Zuhältern und Freiern während der Schwangerschaft und nach Geburt,
- rechtliche Beratung zu Sozialleistungen und Kinderschutz, eine enge Zusammenarbeit von Gesundheitsämtern, Jugendhilfe und Ausstiegsangeboten

Schwangere Prostituierte dürfen nicht auf der Straße oder in ausbeuterischen Strukturen bleiben. Berlin muss hier besonders schnell und konsequent handeln.

CDU-Fraktion Berlin

Preußischer Landtag | 10111 Berlin

-  Telefon: (030) 23 25 21 15
-  Telefax: (030) 23 25 27 65
-  mail@cdu-fraktion.berlin.de
-  www.cdu-fraktion.berlin.de